Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 77 (1983)

Heft: 2

Rubrik: Aus befreundeten Vereinigungen : Sachwalter etablierter Politik oder Teil der alternativen sozialen Bewegungen? ; Gruppe für eine Schweiz ohne Armee

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 05.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Aus befreundeten Vereinigungen

Sachwalter etablierter Politik oder Teil der alternativen sozialen Bewegungen?

Thesen zur Standortbestimmung der religiös-sozialistischen Bewegung heute

I. Etablierte Politik und alternative soziale Bewegungen

Wir erleben gegenwärtig in der Bundesrepublik eine Konfrontation zwischen der Politik der etablierten Parteien und den alternativen sozialen Bewegungen (Friedensbewegung, Oekologiebewegung, Frauenbewegung, alternative Projektbewegung). Angesichts dieser Konfrontation stellt sich die Frage nach dem Standort der religiös-sozialistischen Bewegung heute.

II. Gesellschaftlich-politische Zielsetzungen des Religiösen Sozialismus

Vorherrschend sind im Religiösen Sozialismus Traditionen, die den Sozialismus als Basisdemokratie verstehen. Damit ist gemeint: Aufbau der Gesellschaft von unten nach oben; Vorordnung der direkten Demokratie vor der repräsentativen Demokratie; dezentrale politische Organisation als Konsequenz eines genossenschaftlichen Aufbaus der Wirtschaft. Sozialismus als Basisdemokratie will die Selbstbestimmung der Menschen sichern; er wendet sich gegen jede Bürokratisierung der Menschen durch Vorherrschaft von Großverwaltungen, auch gegen alle Erscheinungsformen eines von oben verfügten «Staatssozialismus».

III. Die alternativen sozialen Bewegungen

Die alternativen sozialen Bewegungen sind heute der Sachwalter einer Basisdemokratie. Die etablierte Politik, auch die SPD, lehnt jede Form direkter Demokratie ab und disqualifiziert Versuche direkter Demokratie (wie sie in einigen Landesverfassungen der Bundesrepublik vorgesehen sind) als faschistisch (Rudi Arndt, Horst Ehmke). Mit solchen Disqualifizierungen wendet sich die SPD auch gegen das Erbe des Religiösen Sozialismus.

IV. Die GRÜNEN als politische Organisation der alternativen sozialen Bewegungen

Die GRÜNEN haben den Ausdruck einer politisch-parlamentarischen Vertretung der alternativen sozialen Bewegungen angenommen. Als solche sind sie bislang nicht in das etablierte Machtausübungssystem integriert. Die Distanz der GRÜNEN zum herrschenden Machtausübungsapparat hängt damit zusammen, daß die GRÜNEN sich als eine «Anti-Partei-Partei» verstehen, nämlich als der politische Ausdruck der alternativen sozialen Bewegungen.

Basis der GRÜNEN ist die ökologische Bewegung. Nach Helmut Gollwitzer (vgl. Christian und Ulrich Dannemann: Die Startbahn West ist überall. München 1982, S. 22) ist die ökologische Bewegung in ihren politischen Konsequenzen antikapitalistisch. Petra Kelly nennt als Ziel der GRÜNEN einen «ökologisch-selbstverwalteten emanzipativen Sozialismus» («Der Spiegel», 14. Juni 1982, S. 56). Historisch-politisch beurteilt, stellt die ökologische Bewegung demnach eine Ausprägung des basisdemokratischen Sozialismus dar.

V. Zur Rolle der SPD

Die SPD hat seit Beginn der Kanzlerschaft Helmut Schmidts (1974) zu keinem der grundlegenden Zukunftsprobleme (Abrüstung, Umwelt, Dritte Welt, Vernichtung von Arbeitsplätzen) weiterführende Perspektiven entwickelt. Die SPD betreibt seit Jahren eine defensive Politik: Verteidigung des unter Willy Brandt Erreichten gegen die konservativen Forderungen der CDU/CSU. Diese defensive Politik der SPD hatte ihren Grund vor allem in dem wachsenden Uebergewicht der Koalition des SPD-Regierungsflügels und der «Kanalarbeiter». In der Regierungsverantwortung reflektierte diese Koalition die wachsende Ohnmacht der Parteien und Parlamente gegenüber den wirtschaftlichen und staatlichen Bürokratien (z. B. militärisch-industrieller Komplex). Die letzten Jahre der SPD-Regierungstätigkeit machten deutlich: Die Richtlinien der Politik werden heute von anderen Kräften bestimmt als von Parteien und Parlamenten.

Zudem hat sich die SPD-Mehrheit seit Jahren auf eine tatsächliche Allparteienkoalition mit der FDP und der CDU/CSU eingelassen. In den politischen Zentralfragen gibt es nur geringfügige Unterschiede zwischen den etablierten Parteien. Die SPD hat in dieser Allparteienkoalition die Funktion eines sozialen Gewissens, das konservative Auswüchse verhindern soll. Ihr Gewicht in der Allparteienkoalition entspricht dem Gewicht, das die CDU-«Sozialausschüsse» innerhalb der CDU einnehmen. In der neugebildeten CDU/CSU-FDP-Regierung nehmen primär die CDU-«Sozialausschüsse» die Funktion eines sozialen Gewissens wahr. Als Oppositionspartei verstärkt die SPD (zusammen mit den Gewerkschaften) diese Korrektiv-Funktion.

Dieser Einbindung in eine Allparteienkoalition der etablierten Politik entspricht, daß die SPD zu keinen ernsthaften Gesprächen mit den alternativen sozialen Bewegungen bzw. mit den GRÜNEN bereit ist. Das Ziel auch des «linken» SPD-Flügels ist lediglich, die neuen sozialen Bewegungen zu «integrieren», das heißt als eigenständigen politischen Faktor zu eliminieren. Ebenso wie die bürgerlichen Parteien hält sich die SPD jederzeit die Möglichkeit offen, die neuen sozialen Bewegungen zu diffamieren oder sogar zu kriminalisieren.

VI. Zur Rolle der Gewerkschaften

Die Politik der Gewerkschaften ist genauso defensiv wie die der SPD. Gewerkschaftliche Forderungen werden oft mit radikaler Rhetorik vorgetragen. Faktisch sind die Gewerkschaften aber auf dem Rückzug. Echte Kampfmaßnahmen gegen die zunehmende Vernichtung von Arbeitsplätzen durch Rationalisierung finden nicht statt. In wichtigen Fragen (Atomenergie, Großprojekte) vertreten die Gewerkschaften die Interessen der Großindustrie. Große Teile der Gewerkschaften propagieren eine aktive Ablehnung der neuen sozialen Bewegungen.

VII. Zum parteipolitischen Standpunkt der religiös-sozialistischen Bewegung heute

Der Religiöse Sozialismus hat sich in der Vergangenheit (vielfach aus wohlüberlegten Gründen) in einer recht grundlegenden Weise an die Sozialdemokratie gebunden. Eine solche Bindung erscheint heute angesichts neuer gesellschaftlicher Entwicklungen nicht mehr möglich. Das Wirksamwerden neuer basisdemokratisch ausgerichteter sozialer und politischer Gruppierungen macht neue politische Parteinahmen möglich. Aus der basisdemokratischen Orientierung des Religiösen Sozialismus resultiert primär eine aktive Mitarbeit in den neuentstandenen sozialen Bewegungen (Bürgerinitiativen, Friedensgruppen, Genossenschaften, Frauengruppen). Es entspricht eher religiös-sozialistischen Traditionen, heute in

aktiven antikapitalistischen Basisbewegungen mitzuarbeiten, als die Ziele des Religiösen Sozialismus auf die bloße Korrektivfunktion der SPD auszurichten.

Religiöse Sozialisten werden sich, anders als zu Beginn des 20. Jahrhunderts, nicht mehr prinzipiell an eine bestimmte Partei binden können. Die Anpassung der SPD an den Kapitalismus kann für uns allerdings nicht ohne Konsequenzen bleiben. Heute weisen die GRÜNEN eine größere Nähe zu den Zielen des Religiösen Sozialismus auf als die SPD.

Regionalgruppe Darmstadt
des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands
i. A. Ulrich Dannemann

Gruppe für eine Schweiz ohne Armee

Nächste Vollversammlung am 6. März in Solothurn

Militärisch und verteidigungspolitisch hat die Schweizer Armee keinen Sinn mehr. Sie würde im Kriegsfall vernichten, was sie zu verteidigen vorgibt: Millionen von Schweizerinnen und Schweizern. Im (Un-)Friedens-Zustand verhindert sie den Aufbau wahrhaft friedlicher Zustände. Deshalb erachtet die «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee» (GSoA), am 12. September 1982 in Solothurn von 120 Frauen und Männern gegründet, die Abschaffung der Schweizer Armee als eine der Voraussetzungen zum Aufbau einer gewaltfreien und solidarischen Gesellschaft.

Zur Beschleunigung des hierfür notwendigen gesellschaftlichen Prozesses will die GSoA eine Volksinitiative zur Abschaffung der Schweizer Armee lancieren. Gegenwärtig bilden sich mit diesem Ziel in der ganzen Schweiz Regionalgruppen. In gemeinsamem Nachdenken und offener Diskussion wollen wir einerseits unsere Idee vertiefen, unsere Perspektive verdeutlichen und offene Fragen gemeinsam zu beantworten suchen. Andererseits versuchen wir, möglichst viele Männer und Frauen zu gewinnen, die bereit sind, sich für ein so langfristiges, radikales und ehrliches Ziel zu engagieren und für eine entsprechende Volksinitiative Unterschriften zu sammeln. Dies geschieht mittels sogenannter Bereitschaftserklärungen. Wir werden die Initiative erst dann lancieren, wenn anhand der uns zugestellten Bereitschaftserklärungen das Zustandekommen der Volksinitiative absehbar und gesichert erscheint.

Diejenigen, die sich bereits in der GSoA engagieren, tun dies aus verschiedenen Motiven heraus. Uns stört dies nicht. Wir wollen zwar unseren gemeinsamen Nenner (Abschaffung der Armee als Ziel und Volksinitiative als ein wesentlicher Beitrag dazu) vertiefen und konkretisieren, wir stehen aber zur Vielfalt der Motivationen.

Unser nächstes nationales Treffen findet am Sonntag, den 6. März 1983, um 10.00 Uhr in Solothurn, im Restaurant «Kreuz» statt. Es wird über den Stand der Vorbereitung des Initiativtextes, die Arbeit der Regionalgruppen und das Echo auf die Bereitschaftserklärungen informieren. Ebenso werden wir die Schwerpunkte unserer Tätigkeit in diesem Jahr diskutieren und auf den dann vorliegenden breiten Argumentenkatalog für die Abschaffung der Armee eingehen. Zudem wird Roman Brodmann darlegen, weshalb für ihn die GSoA ein derzeit in der Schweiz seltenes und hoffnungsstiftendes Lebenszeichen ist. Alle, die sich für die Idee der GSoA interessieren und die Gruppe näher kennenlernen möchten, sind herzlich eingeladen, nach Solothurn zu kommen.

Andreas Gross